



Stellungnahme der BKMO zu den Einschränkungen beim Zugang zu Integrationskursen

Berlin, 08.05.2026

Die Entscheidung des *BAMF*, den freiwilligen Zugang zu Integrationskursen nach § 44 Abs. 4 Aufenthaltsgesetz auszusetzen, ist integrations- und wirtschaftspolitisch ein Fehler. Sprache ist keine optionale Sozialleistung, sondern zentrale Voraussetzung für Arbeitsmarktintegration, gesellschaftliche Teilhabe.

Mit der Entscheidung werden rund 130.000 Menschen faktisch vom Zugang zu Sprachförderung ausgeschlossen, darunter Ukrainer*innen, Asylsuchende, Geduldete und EU-Bürger*innen. Gleichzeitig fordert die Politik schnellere Arbeitsmarktintegration und Entlastung der Sozialkassen. Dieser Widerspruch ist in der Praxis nicht auflösbar: Ohne Sprachkenntnisse bleiben Beschäftigung, Qualifizierung und berufliche Anerkennung für viele Menschen unerreichbar.

Integrationskurse: Ein bewährtes System mit nachgewiesener Wirkung

Integrationskurse gelten im internationalen Vergleich seit Jahren als eines der wirksamsten Sprachfördersysteme Europas. Über zwei Millionen Menschen haben seit 2005 einen Integrationskurs besucht. Die Einführung dieser Kurse war auch eine politische Konsequenz aus den integrationspolitischen Versäumnissen früherer Jahrzehnte, in denen Einwanderung lange nicht als dauerhafte gesellschaftliche Realität anerkannt wurde. Heute wissen wir: Sprache ist nicht nur Voraussetzung für Arbeit, sondern der Schlüssel zu Bildung, Gesundheitsversorgung, demokratischer Beteiligung und sozialer Zugehörigkeit.

Besonders problematisch ist die zunehmende Steuerung nach Aufenthaltsstatus statt nach realen Integrationsperspektiven. Erstorientierungskurse können Integrationskurse nicht ersetzen. Kürzere Angebote ohne verbindlichen Lehrplan und Abschlusszertifikat schaffen keine nachhaltige Integration.

“Wer Menschen monatelang oder jahrelang in Verfahren festhält und ihnen gleichzeitig den Zugang zu Sprache verwehrt, produziert nicht Integration, sondern Stillstand. Sprache bedeutet Selbstständigkeit, Würde und die Möglichkeit, Teil dieser Gesellschaft zu werden. Wer daran spart, spart an der Zukunft dieses Landes“, erklärt Ehsan Djafari, Co-Vorstand der Bundeskonferenz der Migrant*innenorganisationen (BKMO).

Oft werden Menschen während jahrelanger Verfahren von zentralen Integrationsangeboten ausgeschlossen werden. Dabei zeigt sich in der Praxis migrantischer Organisationen täglich: Integration gelingt dort, wo Menschen frühzeitig Zugang zu Sprache erhalten und dort scheitert, wo Unsicherheit und Ausschluss dominieren.

Deutschland braucht keinen Rückbau, sondern eine Modernisierung der Sprachförderung: flexiblere Kursmodelle, stärkere Bedarfsorientierung, digitale und hybride Angebote sowie mehr Planungssicherheit für Träger, Arbeitgeber*innen und Teilnehmende.

Die politische Schlussfolgerung ist klar: Der Zugang zu Integrationskursen muss wieder geöffnet werden. Integration gelingt nicht durch Ausschluss, sondern durch frühzeitige Teilhabe und den Zugang zu Sprache als Grundlage gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Integration.

Das vollständige Positionspapier des Netzwerks *Vielfalt ist Zukunft* kann hier nachgelesen werden <https://vielfaltistzukunft.org/sprachforderung-ist-wirtschaftliche-infrastruktur-2/>.